

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Fernsprechstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 28.

Donnerstag, 4. Februar 1897, Abends.

50. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabebogens 50 Pfg. Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Kasernenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Anzeigen für das „Riesner Tageblatt“ erbitten und die Spätkosten
Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabebogens.
Die Geschäftsstelle.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II. § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetz-Blatt Seite 245 ff. — nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Großenhain im Monat Dezember vorigen Jahres festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthem innerhalb der Amtshauptmannschaft Großenhain im Monat Januar dieses Jahres an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfouage beträgt:

8 Mt. 08,5 Pfg. für 50 Kilo Hafer,
3 = 67,5 = 50 = „ „
2 = 10 = 50 = „ „

Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain,
am 30. Januar 1897.
v. Wilndt.

D. 353.

In.

Mittwoch, den 10. Februar 1897,
Vorm. 10 Uhr,

kommen im Hotel zum „Kronprinz“ hier 1 Pferd, (1 brauner Wallach) und 2 Kutschwagen gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.
Riesa, 1. Februar 1897.

Der Ger.-Vollz. beim R. Amtsger.
Schr. Eibam.

Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche im laufenden Jahre Anschluss an das Fernsprechnetz zu erhalten wünschen, werden ersucht, ihre Anmeldung recht bald, spätestens aber bis zum 1. März zu bewirken. Anmeldungen nimmt das kaiserliche Postamt in Riesa entgegen.

Auf die Herstellung der Anschlüsse im laufenden Jahre kann nur dann mit Sicherheit gerechnet werden, wenn die Anmeldungen bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte erfolgen.
Dresden, 1. Februar 1897.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.
Salte.

Sch.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Wie die „D. P. N.“ hören, sollen demnächst die Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten zu einer Besprechung in Berlin zusammenkommen.

Herr Liebknecht ist wieder auf Reisen, um im Auslande nach Möglichkeit sein Vaterland zu beschimpfen und die traurige Eigenschaft, durch die sich die deutsche Sozialdemokratie vor der anderer Länder auszeichnet, nämlich in der Niedrigkeit der Gesinnung selbst vor offensbarem Vaterlandsverrat nicht Halt zu machen, aufs Neue zu bekräftigen. Jetzt beglückt der Parteigreis die Niederlande mit seiner Anwesenheit und hat in einer zu Delft gehaltenen Rede, wie die „Deutsche Wochenszt.“ in den Niederl.“ mittheilt, folgenden Satz fertig gebracht:

Die deutsche Armee kann geschlagen werden, denn das Kriegsgeld wechelt; dann ist die Zeit der Sozialdemokratie gekommen. Der Kampf um die Macht kann anfänglich möglicherweise unblutig sein, später aber wird, muß er blutig werden.

Der Umstand, daß Liebknecht zu Denen gehört, die die Altersschwäche schwachhaft macht, hat den „Genossen“ schon öfter Verlegenheiten bereitet und hat auch dem Alten auf dem Parteitag die bekannte able Behandlung eingetragen. Der „Vorwärts“ sucht deshalb die Sache abzuleugnen, was aber an der Wirkung nicht viel ändern wird.

Während fast alle Einnahmequellen des Reiches für das laufende Jahr Ueberschüsse gegen das Vorjahr aufweisen, hat die Börsensteuer einen beträchtlichen Rückgang ihrer Einnahmen zu verzeichnen. Das Weniger am Ende des Etatsjahres wird sich auf etwa 4 Millionen belaufen. Die Börsensteuer gehört zu den Einnahmen des Reiches, welche den Einzelstaaten überwiefen werden. Die Mehrerträge bei den Zöllen und der Branntweinverbrauchsabgabe werden diesen Ueberschüssen weit mehr als ausgleichen.

Vom Reichstag. Obwohl es allmählich wohl ebenso langweilig ist, von der Verze im Reichstag zu lesen, als über sie zu schreiben, wollen wir doch, so bemerkt die „T. N.“ in ihrem Bericht, nicht unerwähnt lassen, daß Herr v. Buol gestern die Sitzung mit der niedrigsten bisher erreichten Präsenznummer, nämlich mit 9 Reichsboten, eröffnen mußte. Allmählich fanden sich gegen 50 Abgeordnete ein, und dieser hochansehnlichen Versammlung empfahl Staatssekretär Niederding den Entwurf einer Grundbuchordnung. Er pries ihn als Ausbau des bürgerlichen Gesetzbuches und legte es dem hohen Hause nahe, mit den zahlreichen Reservatrechten, die der Landesgesetzgebung der Bundesstaaten im Entwurf vorbehalten seien, recht glimpflich umzugehen, um das Vertrauen zu dem neuen Recht in den Einzelstaaten nicht zu erschüttern. Der Entwurf fand im Hause eine durchaus freundliche Aufnahme. Jede Partei schickte einen Juristen aus ihren Reihen vor, die Konservativen sogar ihrer zwei, um mit dem Ausdruck der Zustimmung im Allgemeinen einige Abänderungswünsche vorzubringen. So verlangte das Centrum, für das der Abg. Spahn sprach, eine absolute Haftung des Staats, während die Konservativen in der Jugenlichkeit des Grundbuchs für Dritte eine Gefahr erblickten. Außer bei dem aufmerksamen der Debatte folgenden Staatssekretär Niederding fanden die Redner im Hause wenig Aufmerksamkeit; vielmehr war das Stimmengewirr in dem bei seiner Verze stark widerhallenden Saal oft so laut, daß die Redner auf der Tribüne nahezu unverständlich blieben. Am Tisch des

Bundesraths wohnte auch Graf v. Posadowsky dem letzten Theil der Sitzung bei; auch Herr v. Marschall ließ sich einige Augenblicke sehen. Die Vorlage wurde schließlich auf Antrag des Abg. Spahn der 16. Commission überwiesen, die sodann ihre Arbeit an dem Zwangsversteigerungsentwurf beendet hat. Den zweiten Theil der Sitzung füllte die Beratung der Konvertirungsvorlage für das Reich aus. Der Staatssekretär befaßigte sich bei ihrer Begründung unter dem Hinweis auf den fast gleichlautenden preussischen Entwurf und die langen Debatten, die sich an diesen im Abgeordnetenhaus geknüpft hätten, lakonischer Kürze. Nicht alle Redner im Hause thaten desgleichen. Die Gegner der Vorlage konnten Neues natürlich ebenso wenig vorbringen, als ihre Freunde. Die Opposition war angesichts des bereits erfolgten Vorgehens der ausschlaggebenden Bundesstaaten auch durchaus resignirt. Die Mehrzahl der Redner gab sich ungenügend mit der Herabsetzung auf nur 3, v. P. zufrieden und fand die garantierte Schutzzeit von 8 Jahren zu lang. Herr Lieber leistete sich natürlich wieder einen kleinen Ausfall gegen den Herrn Staatsminister Dr. von Miquel; ernstlicher Widerspruch wurde aber nicht laut, ebenso wenig wurde ein Antrag auf Commissionsverweisung gestellt. Heute Schwermetag.

Oesterreich. Die „Verzögerung der Tschechen“ — so bezeichnet man in der östlichen Sprache die Sprachverordnungsbeschlüsse der Regierung — läßt sich immer besser an. Die Mittheilungen über die Sprachverordnungen werden noch durch weitere Angaben ergänzt, welche deutlich beweisen, daß die Regierung in streng slavischer Sinne vorgehen beabsichtigt und daß man Zustände an die Tschechen zu erwarten hat, denen gegenüber die Maßnahmen Taaffes reine Rendereien sind. Die Sprachverordnung für Böhmen und Mähren wird jedenfalls vor den Reichsrathswahlen veröffentlicht werden. So berichtet in Verhütung anderer Mittheilungen der tschechische „Plas Karoda“, der zugleich eine besondere Sprachverordnung zur Regelung der dreisprachigen Gleichberechtigung für Schlesien ankündigt. Als die nächste Einklammerung an die Tschechen werden die tschechische Universität und das tschechische Polytechnikum in Mähren bezeichnet, deren Errichtung in das Programm der Thronrede aufgenommen werden soll. Die weitere Entwicklung der böhmischen Frage wird von dem Verhältnisse der Jungtschechen zum Grafen Badeni im nächsten Abgeordnetenhaus abhängen. Fügen sich die Jungtschechen sein brav dem neuen eisernen Ring ein, den Graf Badeni für seine künftige Mehrheit schmieden will, dann sollen sie sowohl einen Landsmann-Minister als einen Ressortminister zur Vertretung der tschechischen Nation erhalten. Merkwürdigerweise soll nach der Absicht der Regierung diese Mehrheit auch die Reste der liberalen Partei und den verfassungstreuen Grundbesitz umfassen. Was sich doch diese Reste der ehemaligen „Staatspartei“ Alles zumuthen lassen müssen! Die Regierung will Alles anbieten, um die Jungtschechen für den österr-eichisch-ungarischen Ausgleich zu gewinnen, der, wie es heißt, für sie ganz annehmbar sein dürfte. Die Deutschen haben dabei die Beche zu bezapfen.

Belgien. Die Prinzessin Luise von Koburg, die älteste Tochter des Königs der Belgier, hat das Haus ihres Vaters, des Prinzen Philipp, in Wien verlassen; ein heftiger Auftritt mit dem Prinzen, der sie mißhandelt haben soll, war

die Veranlassung zu diesem Schritt. Die ganze Ständelgeschichte hat laut „Bos. Ztg.“ auch eine gewisse politische Bedeutung und macht einem Plan des belgischen Königs endgiltig ein Ende. Bekanntlich ist es mit der Thronfolge in Belgien schwach bestellt. Der König hat keinen Sohn, sein Bruder, der Graf von Flandern, ist so schwermüthig, daß an seine Thronbesteigung nicht zu denken ist. Die ganze Thronfolge ruht somit auf dem einzigen Sohne des Grafen von Flandern, dem Prinzen Albert, der körperlich auch sehr schwach ist. Der König wollte die beiden Söhne des Prinzen Philipp und der Prinzessin Luise an den belgischen Hof kommen lassen; sie sollten naturalisirt und als belgische Prinzen erzogen werden. Der Plan des Königs fand in den maßgebenden Kreisen Belgiens infolge der Unbeliebtheit des Prinzen Philipp eine sehr getheilte Aufnahme; jetzt ist er als beseitigt anzusehen.

Griechenland. Die Nachrichten über Unruhen auf Kreta kommen nicht unerwartet. Man konnte voraussehen, daß die griechische Bewegung sich mit Annäherung des Jahres geltend machen würde. König Georg von Griechenland selber hat den Anfang gemacht mit militärischen Vorbereitungen, welche zeigen, daß er es für nöthig ansieht, Griechenland für alle Fälle gerüstet zu halten. Es liegen ferner bestimmte Anzeichen vor, daß der „national-griechische Verband“ sich auf ein großes Vorgehen vorbereitet. Der englische Leiter der englisch-ägyptischen Bank hat kürzlich zu seinem Erkennen bedeutende Summen für jenen Verband erhalten und es hat sich bei näherer Untersuchung herausgestellt, daß dieser von Alexandria aus Rundschreiben an die in Aegypten, Rumänien und Rußland wohnenden Griechen mit der Aufforderung geschickt hat, den Verband zu unterstützen, „damit dieser das Ziel erreichen könne, das er sich gesetzt habe.“ Diese griechische Geheimgesellschaft hat sich die Aufgabe gestellt, die von Griechen bewohnten Länder, die noch unter türkischer Herrschaft stehen, mit dem Königreiche Griechenland zu vereinigen. Es wird behauptet, daß die griechischen Offiziere, die letztes Jahr ohne Urlaub nach Kreta zogen, Mitglieder des Verbandes seien, und daß dieser überhaupt im griechischen Oeere viel Mitglieder zähle. — Außer auf Kreta macht sich übrigens auch in Mazedonien eine Gährung bemerkbar, sodas die Pforte an die griechische Regierung bereits eine Note gerichtet hat, worin sie über den Einfall griechischer Banden in jene Provinz klagt und mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen droht.

Vertikales und Sächliches.

Riesa, 4. Februar 1897.

— In der am Dienstag stattgefundenen öffentlichen Stadtverordnetenversammlung waren anwesend sämmtliche Mitglieder des Kollegiums bis auf Herrn Stadto. Barth, der entschuldigt ausgeblieben war. Als Rathsbepuutierte wohnten der Sitzung bei die Herren Bürgermeister Boeters und Stadtrath Heintich. Unter Leitung des Vorsitzenden des Kollegiums, Herrnendant Hoff, gelangten nachfolgende Gegenstände zur Beratung und resp. Beschlußfassung:

1. Bezüglich der vom Kirchenvorstande beschlossenen Anstellung eines Hilfsgeistlichen resp. der vom Kollegium hierzu erforderlichen Mittel hatte letzteres in seiner Sitzung vom 8. Dezember v. J. einstimmig gegen die Stimme des Stadto. Dr. Wende beschloffen, dem Rathsbeschlusse, nach welchem von